

# Zentrales Finanzcontrolling

## Monatsschnellbericht Januar - Juni 2008 (einschließlich Kurzkomentierung)

## **Stand und Entwicklung der bremischen Haushalte Januar bis Juni 2008 (Land und Stadtgemeinde Bremen)**

Auch in den ersten Monaten des laufenden Haushaltsjahres setzten sich die bereits im Vorjahr feststellbaren Tendenzen in den bremischen Haushalten unverändert fort: Einerseits wurde die Haushaltslage nach wie vor durch **steigende steuerabhängige Einnahmen** bestimmt, deren Anstieg im Vorjahresvergleich sich im weiteren Jahresverlauf jedoch noch abschwächen wird. Andererseits sind erneute **Risiken für die Einhaltung des Primärausgabe-Rahmens** zu verzeichnen, die bis Jahresende durch Gegensteuerungsmaßnahmen auf der Ausgabenseite auszugleichen sind. Im einzelnen ergibt die Zwischenbilanz der bremischen Haushalte bis Ende Juni 2008 folgendes Bild:

Die **originären Steuereinnahmen** des Landes und der Stadtgemeinde Bremen lagen zur Jahresmitte zwar um 147 Mio. € (+ 15,3 %) über dem Vorjahresniveau und um rd. 89 Mio. € über dem zu diesem Zeitpunkt gemäß Anschlag in etwa zu erwartenden Betrag. Überproportionale Beiträge zum deutlichen Plus im Vorjahresvergleich leisteten dabei jedoch vor allem die Umsatzsteuer und die Gewerbesteuer, deren Anstieg z. T. allerdings durch eine einzelfallbedingte Erstattung im Februar 2007 begünstigt wurde. Einnahmerückgänge waren hingegen bei den Ländersteuern zu verzeichnen und betrafen neben der deutlich rückläufigen Grunderwerbsteuer die KFZ-, Lotterie- und Biersteuer.

Aufgrund höherer Vorabträge (+ 89 Mio. € gegenüber Vorjahr) und einer um 54 Mio. € höher ausgefallenen Nachzahlung aus der Abrechnung für das Jahr 2007 lagen die **Einnahmen im Länderfinanzausgleich** nach sechs Monaten um 119 Mio. € über dem vergleichbaren Vorjahreswert und um 64 Mio. € über dem zeitanteiligen rechnerischen Planwert. Im weiteren Jahresverlauf sind hier allerdings abnehmende Tendenzen zu erwarten, da die Steuerentwicklung in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres bundesweit deutlich hinter den bremischen Zuwachsraten zurückblieb. In den noch ausstehenden Abrechnungen der Umsatzsteuer und des Länderfinanzausgleichs für das 2. und 3. Quartal 2008 werden hieraus mit hoher Wahrscheinlichkeit noch nennenswerte Rückzahlungsverpflichtungen resultieren.

Es bleibt daher abzuwarten, ob und in welchem Umfang die **steuerabhängigen Einnahmen** die Finanzierungsdefizite der bremischen Haushalte deutlicher reduzieren werden als geplant.

Bei rückläufigen Sozialleistungseinnahmen (- 4,4 Mio. €) lagen die **Sonstigen konsumtiven Einnahmen** Ende Juni leicht über Vorjahresniveau. Während die Spielbankabgabe, die Zinseinnahmen und die Konzessionsabgabe rückläufige Tendenz auswiesen, stiegen die Drittmiteileinnahmen von der EU und von der Agentur für Arbeit. Gleichzeitig wurden mehr Gebühren, sonstige Entgelte und Geldbußen sowie Darlehensrückflüsse vereinnahmt.

Die **investiven Einnahmen** bewegten sich zur Jahresmitte mit 49 Mio. € annähernd auf Vorjahresniveau, wofür vor allem erhöhte EU- Drittmittelzuflüsse in den ersten sechs Monaten verantwortlich waren. 2008 weggefallen sind die investiven Bundeszuschüsse für den Ausbau von Ganztagschulen (- 4 Mio. €).

Die **Personalausgaben** stiegen bis Ende Juni 2008 um 0,3 %, unterschreiten aber den auf Anschlagsbasis gebildeten zeitanteiligen Planwert noch deutlich (- 11 Mio. €). Diese Unterschreitung wird durch die Verlagerungen in den Sachhaushalt für die Ausbildungsgesellschaft bzw. für das Programm „Geld statt Stellen“ (rd. 8 Mio. €) sowie die Sperre bei den zentral veranschlagten Personalausgaben in Höhe von rd. 3 Mio. € zur Deckung der Ausgaben für die Besoldungs- und Versorgungsanpassung im Jahr 2009

nahezu aufgelöst. Die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich ist im Wesentlichen durch gestiegene Versorgungs- und Beihilfeausgaben geprägt.

Die **Zinsausgaben** erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 6,8 % auf 374 Mio. € (Neuverschuldung, Zinssatzsteigerungen), bewegten sich damit aber dennoch um 20 Mio. € unter dem zeitanteiligen Planwert.

Die **Sozialleistungsausgaben** lagen Ende Juni um 1,4 % über dem Vorjahresniveau. Erhebliche Zuwachsraten waren bei der Erziehungshilfe (+ 7 Mio. € oder 16,8 %) zu verzeichnen. Der Planwert der Sozialleistungsausgaben, der allerdings die zentral eingestellte Risikovorsorge nicht berücksichtigt, wurde am Ende der ersten Jahreshälfte um 17 Mio. € überschritten. Es ist daher davon auszugehen, dass die anteilig für Sozialleistungsausgaben vorgesehene zentrale Risikovorsorge in der erwarteten Höhe in Anspruch genommen werden muss (s. unten).

Die **Sonstigen konsumtiven Ausgaben** bewegten sich mit 577 Mio. € um 12 Mio. € (- 2,1 %) unter dem Vorjahresniveau. Die Zahlungen der Personal- und Sachkosten an die Universität und die Hochschulen stiegen - saldiert mit rückläufigen Zahlungen im Rahmen der Umsetzung des Hochschulgesamtplanes - bis Ende Juni um 8 Mio. € (+ 8,9 %). Aufgrund niedrigerem Liquiditätsbedarf wurden im Januar 2008 als konsumtiver Verlustausgleich 11 Mio. € geringere Abschlagszahlungen an die Bremer Verkehrsgesellschaft (BVG) geleistet. Konsumtive Zuweisungen an Sondervermögen fielen im Vorjahresvergleich um 8 Mio. € bzw. 24,7 % rückläufig aus. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die positive Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen im Laufe des Jahres abrechnungsbedingt zu höheren Schlüsselzuweisungen an Bremerhaven führen wird.

Die **Investitionen** bewegen sich zur Jahresmitte mit 183 Mio. € um 34 Mio. € (+ 23,1 %) über dem Vorjahr. Hierbei handelt es sich jedoch zu einem erheblichen Teil um rein periodische Abweichungen. So wurden allein 20 Mio. € als Tilgungsausgabe für Umstrukturierungsmaßnahmen im Überseehafengebiet an den Bremer Kapitaldienstfonds (BKF) geleistet.

Vor allem aufgrund der im Vorjahresvergleich deutlich gestiegenen Investitionsausgaben betrug die Zuwachsrate der **Primärausgaben** des Landes und der Stadtgemeinde Bremen Ende Juni + 1,7 % (Stadtstaat: + 1,3 %). Zwar fiel die Entwicklung der Investitionsausgaben im ersten Halbjahr durchaus plangemäß aus, so dass hier auch im Jahresergebnis die Einhaltung der vorgegebenen Anschlagwerte erreichbar ist. Dennoch zeigt vor allem die Entwicklung der Sozialleistungsausgaben, dass es noch besonderer Anstrengungen bedarf, um die Veränderungsrate der Primärausgaben bis Jahresende auf den zu erreichenden Wert (+ 0,4 %) zu reduzieren.

Aufgrund der bisherigen Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen fällt die Zwischenbilanz der **Finanzierungssalden** gegenwärtig positiv aus. So liegt das Finanzierungsdefizit insgesamt bis Ende Juni erheblich unter dem Vorjahreswert. Der Primärsaldo für Land und Stadtgemeinde sowie für den Stadtstaat insgesamt weist nach dem ersten Halbjahr sogar positive Vorzeichen auf. Die für das zweite Halbjahr absehbare Abschwächung der steuerabhängigen Einnahmen wird hier im Jahresergebnis allerdings zu deutlich ungünstigeren Relationen führen.

## **Ergebnisse aus dem Controlling des Produktgruppenhaushalts:**

Im Rahmen des Controllings des Produktgruppenhaushalts wurde von den Ressorts gegenüber der Senatorin für Finanzen zuletzt auf Basis der Ergebnisse des Zeitraums Januar bis Mai 2008 berichtet (Monatscontrolling Produktgruppenhaushalt). Hinzuweisen ist darauf, dass es sich bei den im Controlling erwarteten Daten zum voraussichtlichen Jahresergebnis und Haushaltssoll um Schätzungen handelt, die naturgemäß in der ersten Jahreshälfte nicht hinreichend valide sind. Hinzu kommt, dass aufgrund der im April 2008 abgeschlossenen Haushaltsberatungen zunächst eingeschränkte Bewirtschaftungsregelungen bestanden. Insofern sind diese Werte im Sinne von Trendmeldungen zur Entwicklung der Haushalte zu verstehen, die sich im weiteren Jahresverlauf entweder manifestieren oder noch verändern können.

- **Einhaltung der veranschlagten Primärausgaben**

Die Ressorts wurden gebeten, möglichst realistische Einschätzungen zum voraussichtlichen Jahresergebnis anzugeben. Aus den aktuell vorliegenden Berichten wird deutlich, dass die Primärausgabenanschlüsse in einzelnen Produktplänen aufgrund einer aus Sicht des Ressorts notwendigen Inanspruchnahme von Ausgaberesten bzw. Rücklagen (rd. 17 Mio. €), aber auch aufgrund der Verwendung von Drittmitteln und sonstigen Mehreinnahmen (rd. 10 Mio. €) überschritten würden. Hinzu kommen in einigen Fällen Mehrausgaben, deren Finanzierung noch nicht in den Produktplanhaushalten gesichert ist. Hinzuweisen ist darauf, dass für diese Mehrausgaben z. T. Ausgleichsmöglichkeiten an zentraler Stelle (veranschlagte Ausgaben im sog. Risikofonds) bestehen. Insofern stellen die auf die erwartete Inanspruchnahme des Risikofonds zurückzuführenden Überschreitungen aus heutiger Sicht keine unmittelbare Gefährdung für die Einhaltung der veranschlagten Primärausgaben des Gesamthaushalts dar.

Da die von den Ressorts erwarteten Jahresergebnisse vielfach noch mit dem Vorbehalt von Prognoseunsicherheiten versehen wurden, ergibt sich hinsichtlich der Einhaltung des Primärausgaberahmens gegenwärtig kein weiterer Steuerungs-/Handlungsbedarf.

- **Budgetrisiken/Mehrbedarfe**

Nicht im Ressorthaushalt finanzierte Mehrausgaben (ohne Personalmehrausgaben) bis zu einer Höhe von rd. 36 Mio. € werden nach Auffassung der Ressorts in den Produktplänen 07 Inneres, 11 Justiz, 21 Bildung, 41 Jugend und Soziales, 92 Allgemeine Finanzen und 96 IT-Ausgaben erwartet. In einigen Fällen wurden in den Berichten bereits Deckungsmöglichkeiten (z. B. Mehreinnahmen/Heranziehung von Rücklagen bzw. Deckung innerhalb des Senatorenbudgets) aufgezeigt. Im Übrigen sind für die genannten Mehrbedarfe Teilbeträge im veranschlagten Risikofonds (rd. 31,6 Mio. €) im Produktplan 93 Zentrale Finanzen vorgesehen, die somit zum Ausgleich der erwarteten Mehrbedarfe herangezogen werden können. Insofern könnten - bei rein rechnerischer Betrachtung auf der Ebene des Gesamthaushalts - die bestehenden Produktplanrisiken im Ausgabebereich voraussichtlich ausgeglichen werden.

Aktuell hat die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales allerdings mitgeteilt, dass ihre Einschätzung per Mai 2008 hinsichtlich der Budgetrisiken zum Bereich der Sozialleistungen zu korrigieren sei. Das bisherige Budgetrisiko aus Mindereinnahmen und Mehrausgaben steige um rd. 6 Mio. € gegenüber der bisherigen Einschätzung. Diese aktuell höhere Einschätzung des Risikos ist u.a. unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung der Einnahmen/Ausgaben zu überprüfen. Eine über die bestehende Risikovorsorge hinausgehende zentrale Nachsteuerung wird jedoch nicht möglich sein, so dass

weitere Risiken durch dezentrale Steuerungsmaßnahmen bzw. Deckungsangebote aufzufangen sind.

Darüber hinaus ergeben sich ungeachtet von Deckungsmöglichkeiten im Bereich der Ausgaben Risiken, die aus Mindereinnahmen resultieren. So werden beispielsweise in den Produktplänen 07 Inneres (dort im Bereich der Verkehrsordnungswidrigkeiten und im Rettungsdienst der Feuerwehr) und 41 Jugend und Soziales im Bereich der Sozialleistungen erhebliche Mindereinnahmen erwartet, die insgesamt rd. 14 Mio. € erreichen können.

Ob und inwieweit diese Mindereinnahmen im weiteren Vollzug durch Mehreinnahmen an anderer Stelle des Produktplans bzw. des Haushalts oder durch Minderausgaben tatsächlich ausgeglichen werden können, bleibt zunächst abzuwarten.

Ein Konzept zur Lösung der erwarteten Budgetrisiken (einschl. Aufteilung des Risikofonds) und der Primärausgabenüberschreitungen in den Produktplänen soll aufgrund der noch nicht hinreichend gefestigten Einschätzungen frühestens nach Beurteilung der Controllingberichte Produktgruppenhaushalt des 1. Halbjahres 2008, die aktuell von den Ressorts erstellt werden, vorgeschlagen werden. Zentrale Eingriffsnotwendigkeiten sollen nach Auffassung der Senatorin für Finanzen vermieden werden. Es wird daher erwartet, dass die Ressorts im Rahmen ihrer dezentralen Ressourcenverantwortung sämtliche geeigneten Steuerungsmaßnahmen ergreifen, um

- die veranschlagten Primärausgaben einzuhalten und damit den dem Bundesverfassungsgericht zugesagten bremischen Eigenbeitrag auch im Vollzug der Haushalte sicher zu stellen.
- die erwarteten Budgetrisiken zu minimieren.

#### **Anlagen:**

Tabelle 1	Kassenmäßiger Haushaltsablauf Land und Stadtgemeinde Bremen
Abb. 1	Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen
Abb. 2	Entwicklung der Zuwachsraten
Abb. 3	Entwicklung der Quoten
Tabelle 2	Stadtstaat Bremen - Gesamthaushalt

Tab. 1: KASSENMÄßIGER HAUSHALTSABLAUF LAND UND STADTGEMEINDE BREMEN

Kennzahl	nachrichtl.:				IST Januar - Juni				Planwert (Anschlag) 1)		Planwert (HH-Soll) 2)		Vorauss. Ist 1,4)
	Ist	Anschlag	Veränderung 08/07		2007	2008	Veränderung 08/07		Jan. - Jun.	IST-Plan- Abweich.	Jan. - Jun.	IST-Plan- Abweich.	2008
	Mio. Euro		%		Mio. Euro		%		Mio. Euro		Mio. Euro		Mio. Euro
	2007	2008											
1. Steuerabhängige Einnahmen	2.649,5	2.746,4	+ 96,9	+ 3,7	1.217,7	1.491,1	+ 273,4	+ 22,5	1.334,2	+ 156,9	1.338,9	+ 152,2	2.756,0
1.1 Steuern	2.019,6	2.098,0	+ 78,4	+ 3,9	957,2	1.103,7	+ 146,5	+ 15,3	1.015,2	+ 88,5	1.018,0	+ 85,7	2.103,7
1.2 Länderfinanzausgleich (LFA)	416,3	431,0	+ 14,7	+ 3,5	154,4	273,8	+ 119,4	+ 77,4	210,3	+ 63,5	210,3	+ 63,5	431,0
1.3 Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	213,6	217,3	+ 3,8	+ 1,8	106,1	113,6	+ 7,5	+ 7,0	108,7	+ 4,9	110,7	+ 2,9	221,3
1.3.1 Sonderbedarfs-BEZ	60,3	60,3	+ 0,0	+ 0,0	30,2	30,2	+ 0,0	+ 0,0	30,2	+ 0,0	30,2	+ 0,0	60,3
1.3.2 Fehlbetrags-BEZ	153,2	157,0	+ 3,8	+ 2,5	76,0	83,4	+ 7,5	+ 9,8	78,5	+ 4,9	80,5	+ 2,9	161,0
2. Sonstige konsumtive Einnahmen	454,7	440,6	- 14,1	- 3,1	217,5	218,9	+ 1,4	+ 0,6	198,5	+ 20,4	198,5	+ 20,4	435,4
2.1 Sozialleistungseinnahmen	98,8	104,0	+ 5,1	+ 5,2	45,8	41,4	- 4,4	- 9,6	47,2	- 5,7	47,2	- 5,7	104,0
3. Investive Einnahmen	98,0	92,1	- 5,9	- 6,1	48,7	49,4	+ 0,7	+ 1,5	50,6	- 1,2	50,6	- 1,2	99,2
3.1 Vermögensveräußerungen	2,7	0,0	- 2,7	- 99,8	0,6	0,0	- 0,6	- 96,5	0,0	+ 0,0	0,0	+ 0,0	0,0
<b>I. BEREINIGTE EINNAHMEN</b>	<b>3.202,2</b>	<b>3.279,1</b>	<b>+ 76,9</b>	<b>+ 2,4</b>	<b>1.483,8</b>	<b>1.759,4</b>	<b>+ 275,6</b>	<b>+ 18,6</b>	<b>1.583,3</b>	<b>+ 176,1</b>	<b>1.588,0</b>	<b>+ 171,4</b>	<b>3.290,6</b>
Primäreinnahmen	3.199,5	3.279,1	+ 79,6	+ 2,5	1.483,2	1.759,4	+ 276,2	+ 18,6	1.583,3	+ 176,1	1.588,0	+ 171,3	3.290,6
4. Personalausgaben	1.053,8	1.081,6	+ 27,8	+ 2,6	528,4	530,1	+ 1,7	+ 0,3	541,5	- 11,4	537,3	- 7,2	1.071,5
5. Zinsausgaben	565,9	625,9	+ 60,0	+ 10,6	350,2	374,0	+ 23,8	+ 6,8	393,9	- 19,8	393,9	- 19,8	604,9
6. Sozialleistungsausgaben	573,1	553,8	- 19,3	- 3,4	321,7	326,2	+ 4,5	+ 1,4	309,4	+ 16,9	309,4	+ 16,9	576,5
7. Sonstige konsumtive Ausgaben 3)	1.194,5	1.207,7	+ 13,2	+ 1,1	594,8	581,7	- 13,0	- 2,2	586,0	- 4,3	586,0	- 4,3	1.202,1
8. Investitionsausgaben	461,7	453,7	- 7,9	- 1,7	148,4	182,6	+ 34,3	+ 23,1	182,3	+ 0,4	182,3	+ 0,4	452,5
<b>II. BEREINIGTE AUSGABEN 4)</b>	<b>3.849,0</b>	<b>3.922,9</b>	<b>+ 73,9</b>	<b>+ 1,9</b>	<b>1.943,4</b>	<b>1.994,7</b>	<b>+ 51,3</b>	<b>+ 2,6</b>	<b>2.013,0</b>	<b>- 18,3</b>	<b>2.008,8</b>	<b>- 14,1</b>	<b>3.907,5</b>
Primärausgaben	3.283,1	3.296,9	+ 13,8	+ 0,4	1.593,2	1.620,7	+ 27,4	+ 1,7	1.619,1	+ 1,5	1.614,9	+ 5,7	3.302,6
Konsumtive Ausgaben	3.387,3	3.469,1	+ 81,8	+ 2,4	1.795,1	1.812,1	+ 17,0	+ 0,9	1.830,8	- 18,7	1.826,6	- 14,5	3.455,0
Konsumtive Primärausgaben	2.821,4	2.843,2	+ 21,8	+ 0,8	1.444,8	1.438,0	- 6,8	- 0,5	1.436,9	+ 1,1	1.432,7	+ 5,4	2.850,1
<b>III. FINANZIERUNGSSALDO</b>	<b>-647</b>	<b>-644</b>	<b>+ 3</b>	<b>- 0,5</b>	<b>-460</b>	<b>-235</b>	<b>+ 224</b>	<b>- 48,8</b>	<b>- 430</b>	<b>+ 194</b>	<b>- 421</b>	<b>+ 185</b>	<b>- 617</b>
Konsumtiver Finanzierungssaldo	-283	-282	+ 1	- 0,4	-360	-102	+ 258	- 71,6	- 298	+ 196	- 289	+ 187	- 264
dar. eckwertrelevant (2-4-6-7)	-2.367	-2.403	- 36	+ 1,5	-1.227	-1.219	+ 8	- 0,7	- 1.238	+ 19	- 1.234	+ 15	- 2.415
Investiver Finanzierungssaldo	-364	-362	+ 2	- 0,5	-100	-133	- 34	+ 33,6	- 132	- 2	- 132	- 2	- 353
Primärsaldo	-84	-18	+ 66	- 78,7	-110	139	+ 249	- 226,1	- 36	+ 175	- 27	+ 166	- 12
dar. eckwertrelevant (2+3-3.1-4-6-7-8)	-2.733	-2.764	- 31	+ 1,1	-1.328	-1.352	- 25	+ 1,9	- 1.370	+ 18	- 1.366	+ 13	- 2.768
Konsumtiver Primärsaldo	280	344	+ 64	+ 22,8	-10	272	+ 282	- 2.740,8	+ 96	+ 176	+ 105	+ 167	+ 341
nachrichtlich (in %) :													
Deckungsquote (I / II)	83,2	83,6	----	----	76,4	88,2	----	----	78,7	----	79,1	----	84,2
Primärdeckungsquote	97,5	99,5	----	----	93,1	108,6	----	----	97,8	----	98,3	----	99,6
Zins-Steuerquote (5 / 1)	21,4	22,8	----	----	28,8	25,1	----	----	29,5	----	29,4	----	21,9
Zins-Ausgabenquote (5 / II)	14,7	16,0	----	----	18,0	18,8	----	----	19,6	----	19,6	----	15,5
Personal-Steuerquote (4 / 1)	52,2	51,6	----	----	55,2	48,0	----	----	53,3	----	52,8	----	50,9
Investitionsquote (8 / II)	12,0	11,6	----	----	7,6	9,2	----	----	9,1	----	9,1	----	11,6
Primärausgaben pro Einw. (in €) 5)	4.948	4.972	+ 24	+ 0,5	2.403	2.444	+ 41	+ 1,7	2.442	+ 2	2.436	+ 8	4.982

1) Der Planwert ist gebildet auf den Anschlag und verändert sich im Laufe des Jahres nicht

2) Steuerabhängige Einnahmen: Planwerte auf Basis der aktuellen Steuerschätzung; Ressortmeldungen: Stand Vormonat

3) einschließlich Tilgungsausgaben an Verwaltungen

4) Anschlag und Planwert: einschließlich Globaler Mehr- bzw. Minderausgaben

5) Einwohner des Landes 2007: Ende des Berichtsmonats , 2008: Jeweils aktuell verfügbarer Stand

**Abb. 1: Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen**

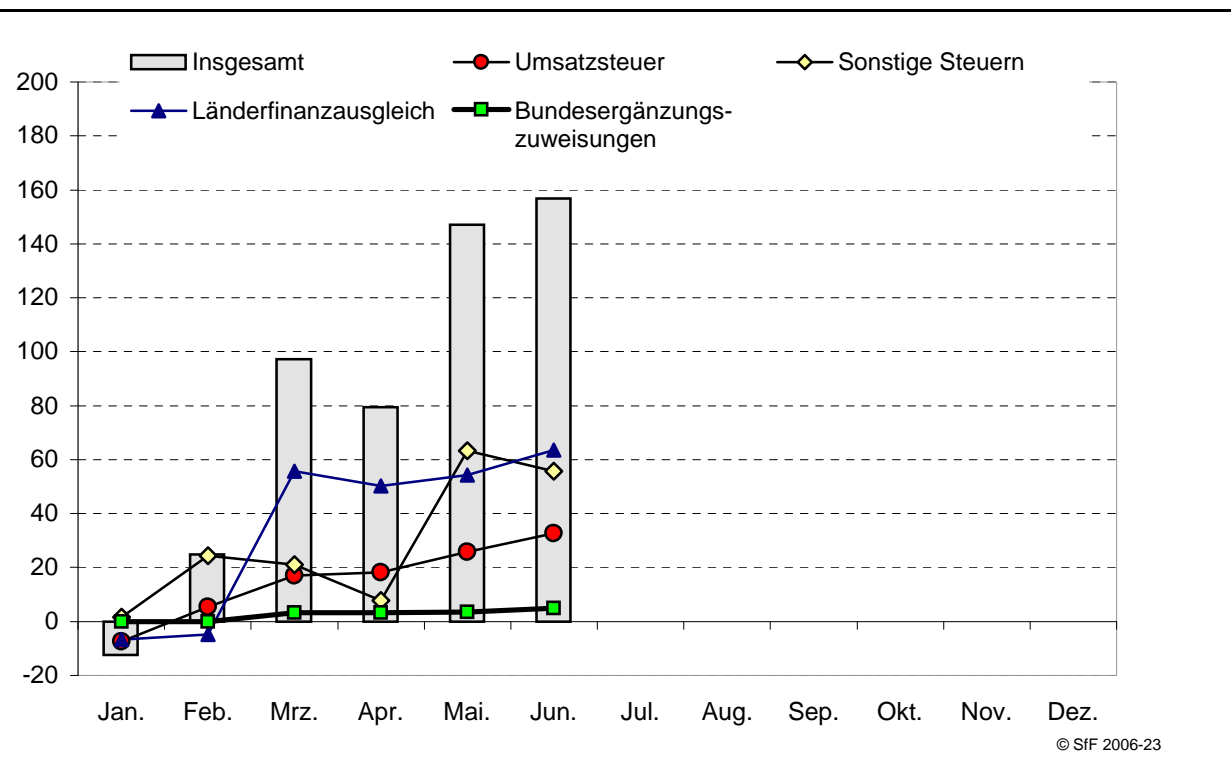
Die Senatorin für Finanzen

(Abweichung vom Planwert; in Mio. Euro)

Referat 20

Controlling

09.07.08



**Abweichung zum Planwert:**

	Jan. 08	Feb. 08	Mrz. 08	Apr. 08	Mai. 08	Jun. 08	Jul. 08	Aug. 08	Sep. 08	Okt. 08	Nov. 08	Dez. 08
Umsatzsteuer	-7,4	5,4	17,1	18,2	25,9	32,7						
Sonstige Steuern	1,7	24,3	21,1	7,7	63,3	55,8						
Länderfinanzausgleich	-6,7	-4,9	55,8	50,3	54,2	63,5						
BEZ	0,0	0,0	3,3	3,3	3,6	4,9						
<b>Insgesamt</b>	<b>-12,4</b>	<b>24,8</b>	<b>97,3</b>	<b>79,5</b>	<b>147,1</b>	<b>156,9</b>						

**Abb. 2: Entwicklung der Zuwachsraten**

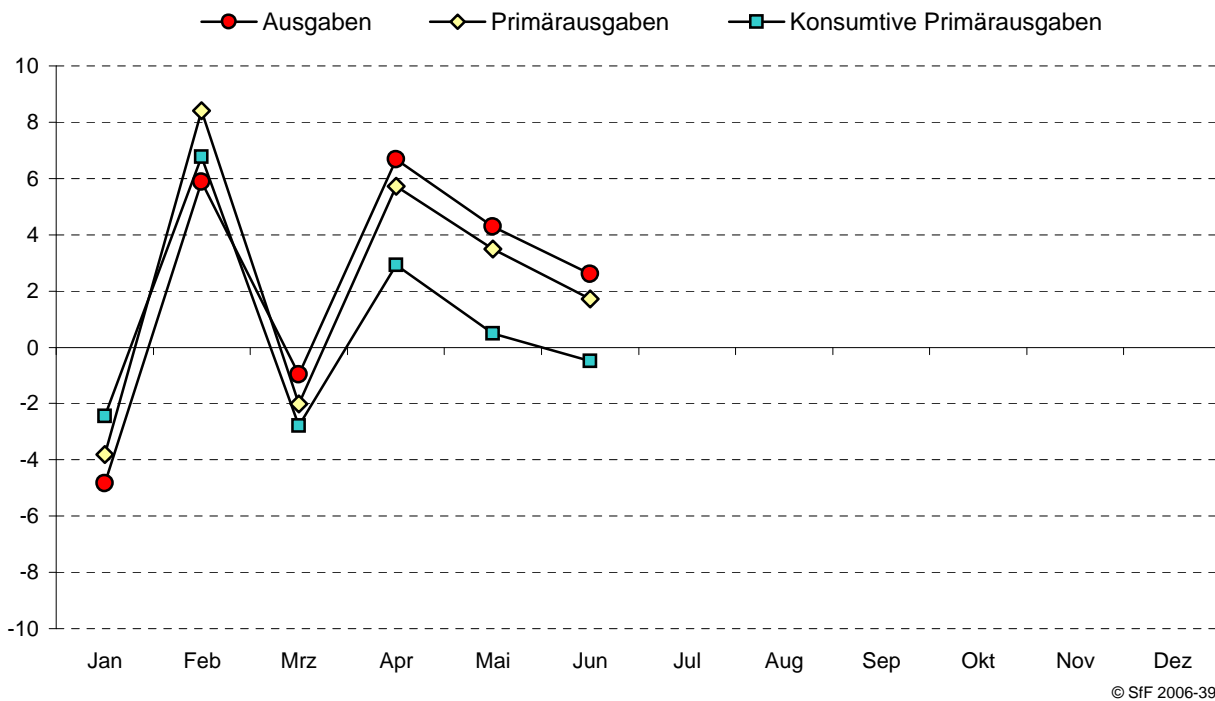
Die Senatorin für Finanzen

(Land und Stadtgemeinde Bremen; in %)

Referat 20

Controlling

09.07.2008

**Abb. 3: Entwicklung der Quoten**

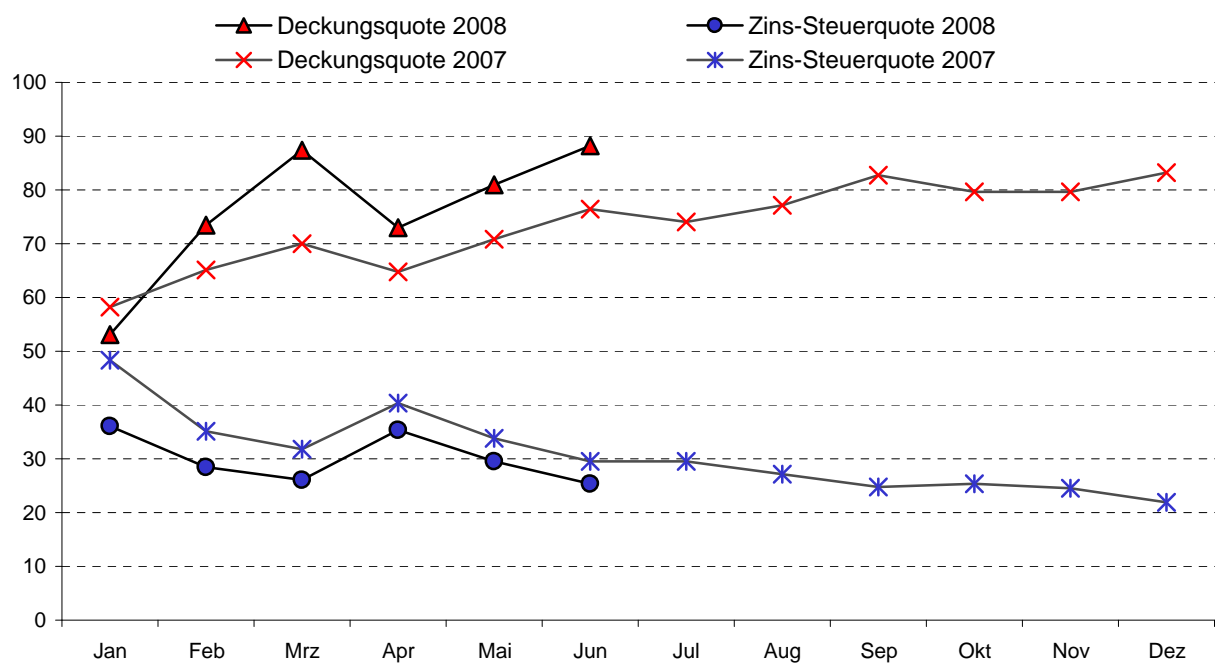
Die Senatorin für Finanzen

(Land und Stadtgemeinde Bremen; in %)

Referat 20

Controlling

09.07.2008





<b>Tab. 2: STADTSTAAT BREMEN - Gesamthaushalt</b>	<b>Die Senatorin für Finanzen</b>		
Controllingbericht Januar - Juni 2008	Referat 20	Controlling	09. Jul 08

<b>KASSENMÄßIGER HAUSHALTSABLAUF</b>					
Kennzahl	IST Januar - Juni				Anschlag
	2007	2008	Veränderung 08/07		
	Mio. Euro			%	Mio. Euro
1. Steuerabhängige Einnahmen	1.255,7	1.532,8	+ 277,1	+ 22,1	2.832,2
1.1 Steuern	995,2	1.145,4	+ 150,2	+ 15,1	2.183,8
Lohn- und Einkommensteuer	353,9	367,2	+ 13,3	+ 3,8	772,9
(Einfuhr-)Umsatzsteuer	172,7	254,6	+ 81,9	+ 47,4	507,0
Körperschaftsteuer	73,5	73,0	- 0,6	- 0,8	106,0
Gewerbesteuer 1)	166,9	222,8	+ 55,9	+ 33,5	348,7
Sonstige	228,2	227,8	- 0,4	- 0,2	449,3
1.2 Länderfinanzausgleich (LFA)	154,4	273,8	+ 119,4	+ 77,4	431,0
1.3 Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	106,1	113,6	+ 7,5	+ 7,0	217,3
Fehlbetrags-BEZ	76,0	83,4	+ 7,5	+ 9,8	117,0
Sonderbedarfs-BEZ	30,2	30,2	+ 0,0	+ 0,0	60,3
2. Sonstige konsumtive Einnahmen	237,2	240,0	+ 2,9	+ 1,2	471,1
3. Investive Einnahmen	50,0	49,9	- 0,1	- 0,3	87,9
<b>I. BEREINIGTE EINNAHMEN</b>	<b>1.542,9</b>	<b>1.822,7</b>	<b>+ 279,8</b>	<b>+ 18,1</b>	<b>3.391,1</b>
Primäreinnahmen	1.542,3	1.822,7	+ 280,4	+ 18,2	3.391,1
4. Personalausgaben	647,6	651,4	+ 3,8	+ 0,6	1.296,9
5. Zinsausgaben	366,6	392,8	+ 26,2	+ 7,1	676,1
6. Sonstige konsumtive Ausgaben 2)	876,6	865,1	- 11,5	- 1,3	1.653,0
7. Investitionsausgaben	158,9	189,0	+ 30,1	+ 19,0	502,8
<b>II. BEREINIGTE AUSGABEN</b>	<b>2.049,7</b>	<b>2.098,3</b>	<b>+ 48,6</b>	<b>+ 2,4</b>	<b>4.128,9</b>
Primärausgaben	1.683,1	1.705,5	+ 22,4	+ 1,3	3.452,8
Konsumtive Ausgaben	1.890,8	1.909,3	+ 18,5	+ 1,0	3.626,0
Konsumtive Primärausgaben	1.524,2	1.516,5	- 7,7	- 0,5	2.950,0
<b>III. FINANZIERUNGSSALDO</b>	<b>-506,8</b>	<b>-275,6</b>	<b>+ 231,2</b>	<b>+ 45,6</b>	<b>-737,7</b>
Konsumtiver Finanzierungssaldo	-397,9	-136,5	+ 261,4	+ 65,7	-322,8
Investiver Finanzierungssaldo	-108,9	-139,1	- 30,3	- 27,8	-414,9
Primärsaldo	-140,8	117,2	+ 258,0	- 183,2	-61,7
Konsumtiver Primärsaldo	-31,3	256,3	+ 287,6	- 918,8	353,3
nachrichtlich (in %) :					
Zins-Steuerquote (5 / (1-SoBEZ))	29,9	26,1	----	----	24,4
Defizitquote (III / II)	-24,7	-13,1			-17,9
Deckungsquote (I / II)	75,3	86,9	----	----	82,1
D.quote Leistungsausg. (I / (II-5))	91,7	106,9	----	----	98,2
Zins-Ausgabenquote (5 / II)	17,9	18,7	----	----	16,4
Personal-Steuerquote (4 / 1.1)	65,1	56,9	----	----	59,4
Investitionsquote (7 / II)	7,8	9,0	----	----	12,2
Primärausgaben pro Einw. (in €) 3)	2.535	2.573	+ 37,3	+ 1,5	5.200

1) Gewerbesteuer (netto) + Landesanteil an der (erhöhten) Gewerbesteuerumlage

2) einschließlich Tilgungsausgaben an Verwaltungen

3) Einwohner des Landes 2006: jew. Monat / 2007: Aktuell verfügbarer Monat